

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b> .....	V
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XXV
<b>Literatur</b> .....	XXIX
<b>1. Teil. Grundlagen</b> .....	1
§ 1. System und historische Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts .....	1
<b>2. Teil. Recht der Koalitionen</b> .....	7
§ 2. Grundlagen der Koalitionsfreiheit und der Tarifautonomie .....	7
<b>3. Teil. Tarifvertragsrecht</b> .....	37
§ 3. Tariffähigkeit und Tarifzuständigkeit .....	37
§ 4. Der Tarifvertrag .....	44
§ 5. Die Rechtsnormen des Tarifvertrags .....	49
§ 6. Geltung und Anwendung des Tarifvertrags .....	63
§ 7. Das Recht der Bezugnahmeklauseln .....	100
§ 8. Der Tarifvertrag im Betriebsübergang .....	109
§ 9. Staatliche Erstreckung von Tarifrecht und Vorgabe von Mindestarbeitsbedingungen auf der Basis von Kollektivvereinbarungen .....	116
<b>4. Teil. Arbeitskampf- und Schlichtungsrecht</b> .....	151
§ 10. Zulässigkeit und Grenzen von Arbeitskämpfen .....	151
§ 11. Die Rechtsfolgen des Arbeitskampfes .....	204
<b>5. Teil. Betriebsverfassungsrecht</b> .....	223
<b>1. Kapitel. Grundlagen</b> .....	223
§ 12. Betriebsverfassungsgesetz als Rechtsgrundlage .....	223
§ 13. Betrieb, Unternehmen und Konzern als Organisationseinheiten der betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmung .....	227
§ 14. Betriebsunabhängige und zusätzliche Arbeitnehmervertretungen .....	237
§ 15. Abgrenzung der Belegschaft .....	247
§ 16. Begriff und Sonderstellung der leitenden Angestellten in der Betriebsverfassung .....	252
<b>2. Kapitel. Organisation der Betriebsverfassung</b> .....	255
<b>1. Titel: Betriebsrat</b> .....	255
§ 17. Zusammensetzung und Wahl des Betriebsrats .....	255
§ 18. Amtsbeginn und Amtsende des Betriebsrats und seiner Mitglieder .....	265
§ 19. Organisation des Betriebsrats .....	268
§ 20. Geschäftsführung des Betriebsrats .....	273
§ 21. Rechtsstellung der Betriebsratsmitglieder .....	276
<b>2. Titel. Gesamtbetriebsrat und Konzernbetriebsrat</b> .....	285
§ 22. Gesamtbetriebsrat .....	285
§ 23. Konzernbetriebsrat .....	287
<b>3. Titel. Betriebsversammlung und weitere Einrichtungen der Betriebsverfassung</b> .....	291
§ 24. Betriebsversammlung und Betriebsräteversammlung .....	291
§ 25. Zusätzliche betriebsverfassungsrechtliche Vertretungen .....	294

<b>3. Kapitel. Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Betriebsverfassung . . . . .</b>	<b>305</b>
<b>1. Titel. Grundsätze und Rechtsformen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat . . . . .</b>	<b>305</b>
§ 26. Struktur der Mitbestimmung in der Betriebsverfassung . . . . .	305
§ 27. Mitwirkungs- und Beschwerderecht des Arbeitnehmers . . . . .	311
§ 28. Betriebsvereinbarung als Instrument der Mitbestimmung und innerbetrieblichen Rechtsetzung . . . . .	313
§ 29. Einigungsstelle und verbindliches Einigungsverfahren . . . . .	317
<b>2. Titel. Beteiligung des Betriebsrats in sozialen Angelegenheiten . . . . .</b>	<b>320</b>
§ 30. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten . . . . .	320
§ 31. Beteiligung des Betriebsrats beim betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz . . . . .	336
<b>3. Titel. Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten . . . . .</b>	<b>338</b>
§ 32. Beteiligung des Betriebsrats bei Personalplanung, Personalauswahl und Berufsbildung . . . . .	338
§ 33. Mitbestimmung bei Einstellungen und Versetzungen . . . . .	341
§ 34. Mitbestimmung bei Eingruppierungen und Umgruppierungen . . . . .	347
§ 35. Mitbestimmung bei Kündigungen . . . . .	350
<b>4. Titel. Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten . . . . .</b>	<b>364</b>
§ 36. Unterrichtung in wirtschaftlichen Angelegenheiten . . . . .	364
§ 37. Beteiligung des Betriebsrats bei Betriebsänderungen . . . . .	366
<b>6. Teil. Besonderheiten des Personalvertretungsrechts . . . . .</b>	<b>379</b>
§ 38. Grundlagen . . . . .	379
§ 39. Gesetzestehnische Gestaltung der Mitbestimmungsordnung . . . . .	382
<b>7. Teil. Recht der Unternehmensmitbestimmung . . . . .</b>	<b>385</b>
§ 40. Überblick . . . . .	385
§ 41. Mitbestimmungsgesetz 1976 . . . . .	386
§ 42. Montan-Mitbestimmungsgesetz . . . . .	398
§ 43. Montan-Mitbestimmungsergänzungsgesetz . . . . .	400
§ 44. Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach dem Drittelparteiengesetz . . . . .	401
<b>8. Teil. Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei einer betriebsverfassungsrechtlichen Streitigkeit . . . . .</b>	<b>403</b>
§ 45. Aufbau einer betriebsverfassungsrechtlichen Falllösung . . . . .	403
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>411</b>

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>V</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>XXV</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>XXIX</b>
<b>1. Teil. Grundlagen</b> .....	<b>1</b>
§ 1. System und historische Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts .....	1
I. Begriff und System des kollektiven Arbeitsrechts .....	1
II. Historische Entwicklung .....	2
1. Anfänge .....	2
2. Arbeitsverfassung der Weimarer Republik .....	4
3. Arbeitsverfassung des Nationalsozialismus .....	5
4. Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg .....	5
<b>2. Teil. Recht der Koalitionen</b> .....	<b>7</b>
§ 2. Grundlagen der Koalitionsfreiheit und der Tarifautonomie .....	7
I. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der Bundesrepublik Deutschland .....	7
1. Gewerkschaften .....	7
2. Arbeitgeberverbände .....	9
3. Verbände auf europäischer Ebene .....	10
II. Rechtsquellen .....	10
1. Deutsches Verfassungsrecht .....	10
2. Art. 11 EMRK, Art. 28 GrCh .....	11
a) Trias von Art. 9 Abs. 3 GG, Art. 11 EMRK, Art. 28 GrCh .....	11
b) Art. 11 EMRK .....	11
c) Art. 28 GrCh .....	13
d) Trias von Art. 9 Abs. 3 GG, Art. 11 EMRK, Art. 28 GrCh, methodisches Vorgehen .....	15
3. ESC, ILO-Abkommen .....	16
III. Funktionsgehalt der Koalitions- und Tarifautonomie .....	17
IV. Das Koalitionsgrundrecht .....	19
1. Begriffsklärung: Koalition, Arbeitnehmervereinigung und Gewerkschaft .....	19
2. Koalitionseigenschaft .....	20
a) Freiwilliger, privatrechtlicher Zusammenschluss .....	20
b) Demokratische Binnenstruktur .....	20
c) Vereinigungszweck .....	20
d) Gegnerfreiheit, Überbetrieblichkeit, Unabhängigkeit .....	21
e) Streitfragen .....	22
3. Dogmatische Struktur, frühere Kernbereichslehre, Rechtfertigung von Eingriffen .....	22
4. Grundrechtsträger .....	23
a) Doppelgrundrecht .....	23
b) Grundrechtsberechtigte .....	23
c) Drittirkung .....	25
5. Individuelle Koalitionsfreiheit .....	25
6. Kollektive Koalitionsfreiheit, Bestands- und Betätigungsschutz der Koalitionen .....	27
a) Bestandsgarantie, insbesondere Werbemaßnahmen, Zutrittsrecht zum Betrieb .....	27
b) Betätigungsgarantie, vor allem verfassungsrechtliche Gewährleistung des Tarifvertragssystems .....	30

7. Koalitionsverbandsrecht .....	32
a) Verbandsorganisationsrecht .....	32
b) OT-Mitgliedschaft .....	34
<b>3. Teil. Tarifvertragsrecht .....</b>	<b>37</b>
§ 3. Tariffähigkeit und Tarifzuständigkeit .....	37
I. Tariffähigkeit .....	37
1. Allgemeines .....	37
2. Tariffähigkeit einer Arbeitnehmerkoalition .....	37
3. Rechtsfolgen fehlender Tariffähigkeit .....	39
4. Feststellungsverfahren .....	40
5. Tariffähigkeit auf Arbeitgeberseite, Innungen, Kammern, Firmen- und Haustarifverträge .....	41
6. Spitzenorganisationen, Tarifgemeinschaft .....	42
II. Tarifzuständigkeit .....	43
§ 4. Der Tarifvertrag .....	44
I. Abschluss, Inhalt und Geltungsanspruch des Tarifvertrags .....	44
II. Arten von Tarifverträgen .....	44
III. Geltungsbereich eines Tarifvertrags .....	45
IV. Beendigung des Tarifvertrags und Abschluss eines neuen Tarifvertrags .....	46
1. Ablöseprinzip und Vertrauenschutz .....	46
2. Befristung, Kündigung und Wegfall der Geschäftsgrundlage .....	48
V. Publikation der Tarifverträge .....	49
§ 5. Die Rechtsnormen des Tarifvertrags .....	49
I. Verhältnis des Tarifvertrags zu höherrangigem Recht .....	49
1. Grundrechtsbindung der Tarifvertragsparteien, Grenzen der Tarifautonomie, Unternehmerische Entscheidungsfreiheit .....	49
2. Bindung an das Europäische Recht .....	52
a) Grundsätzliches, Lohngleichheit von Mann und Frau .....	52
b) Ungleichbehandlung wegen des Alters, Verrentungsregelungen .....	53
3. Verhältnis zum Gesetz .....	56
II. Tarifnormen .....	56
1. Inhalts- und Beendigungsnormen .....	56
2. Abschlussnormen .....	57
3. Rechtsnormen über betriebliche Fragen (Betriebsnormen) .....	58
4. Rechtsnormen über betriebsverfassungsrechtliche Fragen (Betriebsverfassungsnormen) .....	61
5. Rechtsnormen über gemeinsame Einrichtungen .....	62
§ 6. Geltung und Anwendung des Tarifvertrags .....	63
I. Geltung des Tarifvertrags nach dem TVG .....	63
1. Originäre Tarifgeltung .....	63
2. Fortgeltung (Nachbindung) .....	64
3. Nachwirkung .....	65
4. Fortgeltung und Nachwirkung in Kombination .....	66
5. Blitzaustritt aus dem Verband und tarifliche »Vorbindung« .....	67
6. Zusammenfassendes Fallbeispiel .....	68
II. Wirkung der Tarifnormen .....	69
1. Unabdingbarkeit der Tarifnormen .....	69
2. Rechtsnormcharakter, Auslegung von Tarifverträgen .....	71
3. Sicherung tariflicher Rechte als Ergänzung der Unabdingbarkeit .....	72
III. Das Günstigkeitsprinzip des § 4 Abs. 3 TVG .....	73
1. Günstigkeitsprinzip, Sachgruppenvergleich, Beschäftigungsgarantie und tarifabweichende Arbeitsbedingungen .....	73
2. Kollektiver Unterlassungsanspruch der Gewerkschaft gegen die Durchführung tarifwidriger Einzelarbeitsverträge .....	76
IV. Tarifvertrag, Günstigkeitsprinzip und übertarifliche Arbeitsbedingungen .....	78
V. Günstigkeitsprinzip im Verhältnis zu anderen Rechtsquellen des Arbeitsrechts? .....	80

VI. Öffnungsklauseln .....	80
VII. Differenzierungsklauseln .....	82
VIII. Tarifkonkurrenz und Tarifpluralität .....	86
1. Tarifkonkurrenz .....	86
a) Anwendungsfälle .....	86
b) Auflösung .....	86
2. Tarifpluralität (Tarifeinheit nach § 4a TVG) .....	87
a) Ausgangslage .....	87
b) Gesetzliche Normierung des Grundsatzes der Tarifeinheit (§ 4a TVG) .....	88
c) Tatbestand und Rechtsfolgen des § 4a TVG .....	89
d) Nachzeichnungsrecht .....	92
e) Bezugnahmeverträge und schuldrechtliche Minderheitstarifverträge .....	93
f) Feststellungsverfahren nach §§ 2a Abs. 1 Nr. 6, 99 ArbGG .....	94
g) Verfassungs- und konventionsrechtliche Implikationen .....	96
h) Ausblick .....	99
§ 7. Das Recht der Bezugnahmeklauseln .....	100
I. Allgemeines .....	100
II. Arten von Bezugnahmeklauseln .....	101
III. AGB-Kontrolle, Auslegung von Bezugnahmeklauseln .....	102
IV. Bezugnahme durch betriebliche Übung .....	104
V. Wirkung von Bezugnahmeklauseln, Kollision mit tariflichen Arbeitsbedingungen .....	104
1. Schuldrechtliche Einbeziehung des Tarifinhalts .....	104
2. Konstitutive Wirkung, »Konkurrenz« mit einem normativ geltenden Tarifvertrag .....	105
VI. Gleichstellungsklauseln und unbedingte dynamische Bezugnahmeverträge .....	106
1. Keine automatische Gleichstellungswirkung .....	106
2. Konsequenzen für die Gestaltung des Arbeitsvertrags .....	107
3. Frühere Rechtsprechung des BAG und Vertrauenschutz .....	108
§ 8. Der Tarifvertrag im Betriebsübergang .....	109
I. Allgemeines .....	109
II. »Kollektivrechtliche« Seite .....	110
III. Die Bezugnahme auf den Tarifvertrag im Betriebsübergang .....	112
§ 9. Staatliche Erstreckung von Tarifrecht und Vorgabe von Mindestarbeitsbedingungen auf der Basis von Kollektivvereinbarungen .....	116
I. Staatliche Vorgabe bindender Arbeitsbedingungen .....	116
II. Allgemeinverbindlicherklärung .....	118
1. Allgemeines .....	118
2. Voraussetzungen und Verfahren .....	119
3. Wirkungen der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen .....	122
4. Rechtsschutz .....	123
III. Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) .....	124
1. Allgemeine Bemerkungen .....	124
2. Voraussetzungen und Erstreckungsverfahren .....	126
3. Rechtsfolgen einer Rechtsverordnung nach § 7 AEntG .....	129
a) Gewährung der vorgeschriebenen Mindestarbeitsbedingungen .....	129
b) Partielle Durchbrechung des Spezialitätsprinzips .....	132
c) Weitere Durchsetzungsinstrumentarien, Sanktionen bei Verstößen .....	132
4. Erstreckung von Mindestarbeitsbedingungen auf ausländische Dienstleistungserbringer .....	134
5. Rechtsschutz .....	136
IV. Mittelbarer »Tarifzwang« und Erstreckung der untersten Lohngruppe eines Tarifvertrags in der Leiharbeit .....	137
1. Mittelbarer »Tarifzwang« durch das equal-pay-Prinzip .....	137
2. Verleihrechtlicher Mindestlohn .....	139
V. Tariftreueverlangen und vergaberechtlicher Mindestlohn .....	140

VI. Verfassungs- und europarechtliche Fragen der staatlichen Erstreckung von Tarifrecht . . . . .	141
1. Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz . . . . .	142
a) Demokratiegebot . . . . .	142
b) Negative Koalitionsfreiheit . . . . .	142
c) Positive Koalitionsfreiheit . . . . .	143
d) Eingriff in die Vertrags- und Berufsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 und 12 GG) . . . . .	144
e) Rechtfertigung und verfassungsgerichtliche Rechtsprechung . . . . .	144
2. Europarechtliche Grenzen der Dritterstreckung von Tarifrecht bzw. der Vorgabe von Mindestarbeitsbedingungen . . . . .	146
a) Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 AEUV) und Entsenderichtlinie . . . . .	146
b) Beschränkungsverbot nach Art. 56 AEUV . . . . .	147
c) Rechtfertigbarkeit der Erstreckung von inländischen Mindestarbeitsbedingungen auf EU-Ausländer . . . . .	148
<b>4. Teil. Arbeitskampf- und Schlichtungsrecht . . . . .</b>	<b>151</b>
§ 10. Zulässigkeit und Grenzen von Arbeitskämpfen . . . . .	151
I. Rechtsgrundlagen . . . . .	151
1. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung . . . . .	151
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Arbeitskampfes . . . . .	152
3. Völkerrechtliche Übereinkommen und europäisches Recht . . . . .	153
4. Einfaches Recht . . . . .	154
II. Staatliche Neutralitätspflicht . . . . .	155
III. Allgemeine Anforderungen an die Rechtmäßigkeit eines Arbeitskampfes . . . . .	156
1. Tariffähige Kampfparteien und Verbot des wilden Streiks . . . . .	156
a) Führung des Arbeitskampfes durch tariffähige Kampfparteien . . . . .	156
b) Exkurs: Verbot des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat . . . . .	157
2. Tarifbezogenheit . . . . .	158
a) Allgemeines . . . . .	158
b) Identität von Kampfgegner und Forderungsadressat . . . . .	158
c) Rechtmäßigkeit der angestrebten Regelung . . . . .	158
d) Unternehmerische Entscheidungsfreiheit . . . . .	159
3. Friedenspflicht . . . . .	159
a) Funktion der Friedenspflicht und dogmatische Herleitung . . . . .	159
b) Relative Friedenspflicht . . . . .	160
c) Vertragliche Erweiterung der Friedenspflicht, insb. absolute Friedenspflicht . . . . .	161
d) Personeller Schutzbereich . . . . .	161
e) »Firmenarbeitskampf« gegen den verbandsangehörigen Arbeitgeber . . . . .	162
4. Streik als ultima ratio . . . . .	163
a) Allgemeines, Bekanntgabe des Kampfbeschlusses an den Gegner . . . . .	163
b) Urabstimmung . . . . .	163
5. Verhandlungsparität . . . . .	164
6. Freie Wahl der Kampfmittel . . . . .	164
7. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nach deutschem Recht . . . . .	165
a) Anknüpfungspunkt . . . . .	165
b) Keine Kontrolle der erhobenen Forderung . . . . .	165
c) Verhältnismäßigkeit des eingesetzten Kampfmittels . . . . .	166
d) Gemeinwohlbindung? . . . . .	166
8. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nach europäischem Recht (EuGH-Urteile Viking und Laval) . . . . .	167
IV. Der »klassische« Streik . . . . .	169
1. Formen der »klassischen« Arbeitsniederlegung . . . . .	169
2. Beteiligte Arbeitnehmer und Streikbetroffene . . . . .	170
V. Besondere Formen und Ziele des arbeitnehmerseitigen Arbeitskampfes . . . . .	170
1. Warnstreik . . . . .	170
2. Streik um Tarifsozialpläne und Standortsicherungstarifverträge . . . . .	172

3. Spartenarbeitskampf . . . . .	175
4. Unterstützungsarbeitskampf . . . . .	177
5. Aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen . . . . .	179
a) Flashmob . . . . .	179
b) Betriebsblockade und -besetzung, Bildung von Streikgassen . . . . .	181
c) Zugriff auf datentechnische Informationssysteme des Arbeitgebers, Nutzung betrieblicher Kommunikationssysteme . . . . .	182
6. Boykott . . . . .	183
7. Go slow, go sick . . . . .	183
8. Kollektive Ausübung von Individualrechten . . . . .	184
9. Politischer Streik . . . . .	186
10. Streikverbot für Beamte . . . . .	186
11. Arbeitskämpfe gegen kirchliche Arbeitgeber . . . . .	188
<b>VI. Reaktionsmöglichkeiten der Arbeitgeberseite . . . . .</b>	<b>189</b>
1. Arbeitskampfverhalten der Arbeitgeberseite im Wandel . . . . .	189
2. Aussperrung . . . . .	190
3. Versetzungen, Anordnung von Überstunden, Streikbruchprämien . . . . .	192
4. Streikeinsatz von Aushilfen, Leiharbeitnehmern und Beamten . . . . .	193
5. Stilllegungsbefugnis des Arbeitgebers . . . . .	195
<b>VII. Die Durchführung des Arbeitskampfes . . . . .</b>	<b>197</b>
1. Fairnessgebot, Zugang zum bestreikten Betrieb . . . . .	197
2. Erhaltungs- und Notstandsarbeiten . . . . .	197
a) Arbeitskämpfe in der Daseinsvorsorge . . . . .	197
b) Abschluss und Durchführung von Vereinbarungen über Erhaltungs- und Notstandsarbeiten . . . . .	200
3. Rechtswidrigkeit einzelner Kampfmaßnahmen . . . . .	201
4. Betriebliche Mitbestimmung . . . . .	201
<b>VIII. Schlichtung . . . . .</b>	<b>202</b>
<b>§ 11. Die Rechtsfolgen des Arbeitskampfes . . . . .</b>	<b>204</b>
I. Rechtsfolgen rechtmäßiger Arbeitskämpfe . . . . .	204
1. Suspendierende Wirkung von Streik und Aussperrung . . . . .	204
2. Entgeltansprüche kampfbeteiligter Arbeitnehmer . . . . .	205
a) Arbeitsentgelt und Gratifikationen . . . . .	205
b) Entgeltersatzansprüche . . . . .	205
c) Urlaub . . . . .	206
3. Entgeltansprüche nicht kampfbeteiligter Arbeitnehmer im bestreikten Betrieb . . . . .	206
4. Fernwirkungen des Arbeitskampfes . . . . .	207
5. Streikunterstützung durch Gewerkschaften . . . . .	208
6. Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld . . . . .	208
II. Rechtsfolgen rechtswidriger Arbeitskämpfe bzw. einzelner rechtswidriger Arbeitskampfmaßnahmen . . . . .	210
1. Vorbemerkung: Rechtswidrige Arbeitskämpfe und Kampfmaßnahmen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite . . . . .	210
2. Ansprüche betroffener Arbeitgeber (Arbeitnehmer) gegen die gegnerische Tarifvertragspartei . . . . .	210
3. Ansprüche zwischen den Tarifvertragsparteien . . . . .	211
4. Zurechnungs- und Verschuldensfragen, Rechtswidrigkeit, Schadensabweidung . . . . .	212
5. Einzelarbeitsverhältnis . . . . .	213
III. Prozessuale . . . . .	215
IV. Rechtsfolgen von Arbeitskämpfen für Dritt betroffene . . . . .	216
1. Ansprüche Dritt betroffener gegen die kampfführende Gewerkschaft . . . . .	216
2. Rechtsbeziehungen zwischen dem angegriffenen Arbeitgeber und seinen Vertragspartnern . . . . .	219

<b>5. Teil. Betriebsverfassungsrecht</b> .....	223
<b>1. Kapitel. Grundlagen</b> .....	223
§ 12. Betriebsverfassungsgesetz als Rechtsgrundlage .....	223
I. Überblick .....	223
II. Geltungsbereich des BetrVG .....	223
1. Bereichsausnahmen .....	224
a) Öffentlicher Dienst .....	224
b) Religionsgemeinschaften, insbesondere Kirchen .....	224
c) Luftfahrtunternehmen .....	225
2. Auslandsbezug der Betriebsverfassung .....	225
IV. Modifizierte und eingeschränkte Geltung des BetrVG .....	225
1. Seeschifffahrt .....	225
2. Bahn und Post .....	226
3. Tendenzbetriebe .....	226
§ 13. Betrieb, Unternehmen und Konzern als Organisationseinheiten der betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmung .....	227
I. Betrieb als organisatorische Grundeinheit der Betriebsverfassung .....	227
1. Betrieb als Grundlage einer arbeitgeberbezogenen Repräsentation der Arbeitnehmer .....	227
2. Bestimmung des Betriebsbegriffs .....	227
3. Notwendigkeit einer teleologischen Begriffsbestimmung .....	229
4. Ergebnis .....	229
II. Betriebsteil und Kleinbetrieb .....	230
1. Betriebsteil als betriebsratsfähige Organisationseinheit .....	230
2. Zuordnung von Kleinbetrieben .....	231
3. Zuordnung mehrerer Betriebsteile bei Betriebsratsfähigkeit .....	232
4. Teilnahme an der Betriebsratswahl im Hauptbetrieb .....	232
a) Ausübung eines Optionsrechts .....	232
b) Auswirkungen auf die Betriebsverfassung .....	233
5. Arbeitsgerichtliche Klärung .....	233
III. Unternehmen als betriebsverfassungsrechtlicher Repräsentationsbereich ..	233
IV. Gemeinsamer Betrieb mehrerer Unternehmen .....	234
1. Besonderheit des Sachverhalts .....	234
2. Gemeinsamer Betrieb mehrerer Unternehmen als betriebsratsfähige Einheit .....	234
3. Vermutung eines gemeinsamen Betriebs .....	235
4. Besonderheit des gemeinsamen Betriebs in der Betriebsverfassung .....	236
V. Konzern als Organisationseinheit der Betriebsverfassung .....	236
1. Betriebsverfassungsrechtlicher Konzernbegriff .....	236
2. Konzern im Konzern .....	237
3. Gemeinschaftsunternehmen (Mehrmütterherrschaft) .....	237
§ 14. Betriebsunabhängige und zusätzliche Arbeitnehmervertretungen .....	237
I. Gestaltungsmöglichkeiten durch Tarifvertrag .....	238
1. Betriebsersetzung durch Tarifvertrag .....	238
a) Betriebsübergreifender Repräsentationsbereich für die Bildung eines Betriebsrats im Unternehmen .....	238
b) Bildung von Spartenbetriebsräten .....	238
c) Schaffung anderer Arbeitnehmervertretungsstrukturen .....	240
2. Zusätzliche betriebsverfassungsrechtliche Vertretungen .....	241
a) Arbeitsgemeinschaften zur unternehmensübergreifenden Zusammenarbeit von Arbeitnehmervertretungen .....	241
b) Zusätzliche Vertretungen der Arbeitnehmer .....	242
II. Tarifvertrag als Rechtsgrundlage für die vom Gesetz abweichende Gestaltungsmöglichkeit .....	242
1. Parteien des Tarifvertrags .....	242
2. Rechtswirkungen der Tarifvertragsregelung .....	243
a) Ersetzung des gesetzlich vorgesehenen Mitbestimmungsorgans .....	243

b) Rechtslage bei zusätzlichen betriebsverfassungsrechtlichen Gremien (Arbeitsgemeinschaften) und zusätzlichen betriebsverfassungsrechtlichen Vertretungen der Arbeitnehmer . . . . .	244
III. Regelung durch Betriebsvereinbarung . . . . .	244
1. Begrenzte Regelungsbefugnis . . . . .	244
2. Regelungszuständigkeit zum Abschluss einer Betriebsvereinbarung . . . . .	245
IV. Bildung eines unternehmenseinheitlichen Betriebsrats durch Beschluss der Arbeitnehmer . . . . .	245
V. Arbeitsgerichtliche Rechtskontrolle . . . . .	246
VI. Beschränkung der Betriebsersetzung auf die Betriebsverfassung . . . . .	246
§ 15. Abgrenzung der Belegschaft . . . . .	247
I. Betriebsverfassungsrechtlicher Arbeitnehmerbegriff . . . . .	247
1. Rückgriff auf den allgemeinen Arbeitnehmerbegriff . . . . .	247
2. Modifikation für die zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten und Einbeziehung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst . . . . .	248
3. Konkretisierung des betriebsverfassungsrechtlichen Arbeitnehmerbegriffs durch die Ausklammerung des in § 5 Abs. 2 BetrVG genannten Personenkreises . . . . .	248
4. Arbeitnehmerähnliche Personen . . . . .	248
II. Betriebszugehörigkeit . . . . .	249
1. Fremdarbeiternehmer . . . . .	249
2. Arbeitnehmerüberlassung . . . . .	249
a) Leiharbeit als drittbezogener Personaleinsatz . . . . .	249
b) Betriebsverfassungsrechtliche Zuordnung . . . . .	250
3. Teilzeitarbeit . . . . .	251
4. Digitale Beschäftigung . . . . .	251
§ 16. Begriff und Sonderstellung der leitenden Angestellten in der Betriebsverfassung	252
I. Begriff und Abgrenzung der leitenden Angestellten in der Betriebsverfassung . . . . .	253
1. Legaldefinition durch Aufzählung von Tatbestandsgruppen . . . . .	253
2. »Auslegungsregeln« in § 5 Abs. 4 BetrVG . . . . .	253
II. Sonderstellung in der Betriebsverfassung . . . . .	254
1. Nichtanwendung des BetrVG . . . . .	254
2. Schaffung einer institutionalisierten Vertretung durch das Gesetz über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten . . . . .	254
<b>2. Kapitel. Organisation der Betriebsverfassung</b> . . . . .	255
<b>1. Titel: Betriebsrat</b> . . . . .	255
§ 17. Zusammensetzung und Wahl des Betriebsrats . . . . .	255
I. Größe und Zusammensetzung des Betriebsrats . . . . .	255
1. Größe . . . . .	255
2. Zusammensetzung nach Geschlechtern . . . . .	256
II. Wahlberechtigung und Wählbarkeit . . . . .	256
1. Wahlberechtigung . . . . .	256
2. Wählbarkeit . . . . .	257
III. Zeitpunkt der Betriebsratswahlen . . . . .	257
IV. Wahlverfahren . . . . .	258
1. Grundsatz der geheimen und unmittelbaren Wahl . . . . .	258
2. Verhältniswahl als Grundsatz . . . . .	258
a) Verhältniswahl . . . . .	258
b) Mehrheitswahl . . . . .	260
3. Vorschlagsrecht . . . . .	260
4. Wahlvorstand . . . . .	261
5. Vereinfachtes Wahlverfahren in Kleinbetrieben . . . . .	261
V. Anfechtung und Nichtigkeit der Betriebsratswahl . . . . .	263
1. Voraussetzungen der Anfechtbarkeit . . . . .	263
2. Wahlanfechtungsverfahren . . . . .	263

3. Wirkung der Anfechtung .....	264
4. Nichtigkeit einer Betriebsratswahl .....	264
VI. Rechtsschutz während des Wahlverfahrens .....	264
§ 18. Amtsbeginn und Amtsende des Betriebsrats und seiner Mitglieder .....	265
I. Amtszeit des Betriebsrats .....	265
1. Regelmäßige Amtszeit .....	265
2. Ablauf einer verkürzten oder verlängerten Amtszeit .....	265
3. Übergangsmandat und Restmandat des Betriebsrats .....	265
II. Amtszeit der Betriebsratsmitglieder .....	266
III. Pflichtverletzung als Grund vorzeitiger Amtsbeendigung .....	267
1. Amtsenthebung eines Betriebsratsmitglieds .....	267
2. Auflösung des Betriebsrats .....	267
IV. Exkurs – Die merkwürdige Regelung des § 23 Abs. 3 BetrVG .....	268
§ 19. Organisation des Betriebsrats .....	268
I. Betriebsratsvorsitzender und Stellvertreter .....	268
1. Wahl .....	268
2. Rechtsstellung .....	269
II. Betriebsausschuss und weitere Ausschüsse des Betriebsrats .....	269
1. Bildung eines Betriebsausschusses .....	269
2. Rechtsstellung des Betriebsausschusses .....	269
3. Bildung weiterer Ausschüsse .....	270
III. Übertragung von Betriebsratsaufgaben auf Arbeitsgruppen .....	271
1. Arbeitsgruppe als betriebsverfassungsrechtlicher Repräsentationsbereich .....	271
2. Rechtsstellung der Arbeitsgruppe .....	272
IV. Nichtigkeit oder Anfechtung der betriebsratsinternen Wahlen .....	272
§ 20. Geschäftsführung des Betriebsrats .....	273
I. Konstituierung .....	273
II. Betriebsratssitzungen .....	273
III. Beschlüsse des Betriebsrats .....	273
1. Beschlussfassung .....	273
2. Einspruchsrecht .....	274
3. »Stillschweigende« Betriebsratsbeschlüsse .....	274
4. Fehlerhaftigkeit eines Betriebsratsbeschlusses .....	275
IV. Sprechstunden .....	275
V. Kosten und Sachaufwand der Betriebsratstätigkeit .....	275
1. Kosten .....	275
2. Sachaufwand .....	276
§ 21. Rechtsstellung der Betriebsratsmitglieder .....	276
I. Betriebsratsamt als unentgeltliches Ehrenamt .....	276
II. Betriebsratsamt und Arbeitspflicht .....	276
1. Versäumnis von Arbeitszeit zur Erfüllung von Betriebsratsaufgaben ..	276
2. Freizeitausgleich .....	277
III. Freistellungen .....	277
1. Zahl und Art der Freistellungen .....	278
3. Freistellungsverfahren .....	278
4. Streitigkeiten .....	279
IV. Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen .....	279
1. Abgrenzung nach dem Schulungsinhalt .....	279
2. Fortzahlung des Arbeitsentgelts und Kostenerstattung .....	280
V. Besonderer Kündigungsschutz .....	281
1. Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung .....	281
2. Beginn und Ende des besonderen Kündigungsschutzes .....	281
3. Inhalt des besonderen Kündigungsschutzes .....	282
4. Schutz Auszubildender .....	283
VI. Versetzungsschutz .....	283
VII. Arbeitsentgelt- und Tätigkeitsgarantie .....	284

<b>2. Titel. Gesamtbetriebsrat und Konzernbetriebsrat</b> . . . . .	285
§ 22. Gesamtbetriebsrat . . . . .	285
I. Errichtung . . . . .	285
II. Organisation und Geschäftsführung . . . . .	286
III. Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats . . . . .	286
1. Originäre Zuständigkeit . . . . .	286
2. Zuständigkeit auf Grund einer Delegation des Einzelbetriebsrats . . . . .	287
3. Zuständigkeit für betriebsratslose Betriebe . . . . .	287
§ 23. Konzernbetriebsrat . . . . .	287
I. Voraussetzungen . . . . .	287
II. Errichtung . . . . .	288
III. Organisation und Geschäftsführung . . . . .	289
IV. Zuständigkeit . . . . .	289
<b>3. Titel. Betriebsversammlung und weitere Einrichtungen der Betriebsverfassung</b> . . . . .	291
§ 24. Betriebsversammlung und Betriebsräteversammlung . . . . .	291
I. Rechtsstellung der Betriebsversammlung . . . . .	291
II. Formen der Betriebsversammlung . . . . .	291
1. Ordentliche und außerordentliche Betriebsversammlungen . . . . .	291
2. Versammlungsarten . . . . .	291
III. Zeitpunkt und Vergütung . . . . .	292
1. Ordentliche und ihnen gleichgestellte außerordentliche Betriebsversammlungen . . . . .	292
2. Sonstige außerordentliche Betriebsversammlungen . . . . .	292
IV. Themen und Nichtöffentlichkeit einer Betriebsversammlung . . . . .	292
1. Themen . . . . .	292
2. Nichtöffentlichkeit . . . . .	293
V. Betriebsräteversammlung . . . . .	293
§ 25. Zusätzliche betriebsverfassungsrechtliche Vertretungen . . . . .	294
I. Überblick . . . . .	294
II. Jugend- und Auszubildendenvertretung . . . . .	294
1. Organisation und Aufbau . . . . .	294
2. Bildung und Kompetenz der betrieblichen Jugend- und Auszubildendenvertretung . . . . .	294
a) Bildung und Größe . . . . .	294
b) Wahl . . . . .	295
c) Organisation und Geschäftsführung . . . . .	296
d) Verhältnis zum Betriebsrat . . . . .	296
3. Betriebliche Jugend- und Auszubildendenversammlung . . . . .	297
4. Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung . . . . .	297
5. Konzern-Jugend- und Auszubildendenvertretung . . . . .	297
III. Schwerbehindertenvertretung . . . . .	297
1. Wahl und Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung . . . . .	298
2. Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen . . . . .	298
3. Aufgaben und Befugnisse der Schwerbehindertenvertretung . . . . .	299
4. Gesamtschwerbehindertenvertretung bei Bestehen eines Gesamtbetriebsrats und Konzernschwerbehindertenvertretung bei Bestehen eines Konzernbetriebsrats . . . . .	299
IV. Sprecherausschuss für leitende Angestellte . . . . .	300
1. Schaffung einer institutionalisierten Vertretung durch das Gesetz über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten (Sprecherausschussgesetz – SprAuG) . . . . .	300
2. Bildung und Organisation der Sprecherausschüsse . . . . .	300
3. Wahl und Amtszeit der Sprecherausschüsse . . . . .	301
4. Mitwirkung des Sprecherausschusses der leitenden Angestellten . . . . .	301
5. Sprecherausschussvereinbarungen . . . . .	302
6. Sprecherausschuss und Betriebsrat . . . . .	303

7. Verhältnis des gesetzlichen Sprecherausschusses zu einem freiwillig gebildeten Sprecherausschuss . . . . .	303
V. Europäischer Betriebsrat . . . . .	304
VI. Sonderregelung für die Europäische Gesellschaft . . . . .	304
<b>3. Kapitel. Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Betriebsverfassung . . . . .</b>	<b>305</b>
<b>1. Titel. Grundsätze und Rechtsformen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat . . . . .</b>	<b>305</b>
§ 26. Struktur der Mitbestimmung in der Betriebsverfassung . . . . .	305
I. Wesensverschiedenheit zum Tarifvertragssystem . . . . .	305
II. Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat . . . . .	305
1. Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit . . . . .	305
2. Grundsätze für die Behandlung der Betriebsangehörigen . . . . .	306
3. Rechtsschutz gegen Pflichtverletzungen in der Betriebsverfassung . . . . .	306
III. Aufgaben und Unterrichtung des Betriebsrats . . . . .	306
1. Allgemeine Aufgaben . . . . .	306
2. Informationsrecht des Betriebsrats . . . . .	307
IV. Gegenstand und Formen der Beteiligung des Betriebsrats . . . . .	308
1. Gesetzessystematische Gestaltung . . . . .	308
2. Formen der Beteiligung . . . . .	309
3. Regelungszuständigkeit des Betriebsrats . . . . .	309
V. Betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmungsordnung und Zivilrechtssystem . . . . .	310
1. Rechtsstellung des Betriebsrats gegenüber der Belegschaft . . . . .	310
2. Beteiligungsnotwendigkeit als Regelungsschranke für den Arbeitgeber . . . . .	311
a) Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch des Betriebsrats . . . . .	311
b) Sanktionen einer Verletzung des Beteiligungsrechts im Arbeitsverhältnis . . . . .	311
§ 27. Mitwirkungs- und Beschwerderecht des Arbeitnehmers . . . . .	311
I. Informations- und Erörterungsrechte des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber . . . . .	312
II. Beschwerdeverfahren . . . . .	312
III. Themenvorschlagsrecht des Arbeitnehmers gegenüber dem Betriebsrat . . . . .	313
§ 28. Betriebsvereinbarung als Instrument der Mitbestimmung und innerbetrieblichen Rechtsetzung . . . . .	313
I. Begriff und rechtlicher Charakter . . . . .	313
II. Abschluss und Inhalt einer Betriebsvereinbarung . . . . .	313
1. Abschluss einer Betriebsvereinbarung . . . . .	313
2. Inhalt und Grenzen der Betriebsvereinbarungssautonomie . . . . .	313
III. Rechtswirkungen der Betriebsvereinbarung . . . . .	315
1. Unmittelbare und zwingende Geltung . . . . .	315
2. Weitergeltung nach Ablauf der Betriebsvereinbarung . . . . .	315
IV. Tarifvorbehalt als Schranke der Betriebsvereinbarungssautonomie . . . . .	316
V. Formlose Betriebsabsprachen . . . . .	317
§ 29. Einigungsstelle und verbindliches Einigungsverfahren . . . . .	317
I. Die Einigungsstelle als betriebsverfassungsrechtliche Einrichtung . . . . .	317
II. Errichtung und Organisation der Einigungsstelle . . . . .	318
1. Bildung bei Bedarf . . . . .	318
2. Zusammensetzung . . . . .	318
3. Verfahren zur Bildung (Bestellungsverfahren) . . . . .	318
III. Verfahren vor der Einigungsstelle . . . . .	318
IV. Rechtswirkungen der Einigungssprüche . . . . .	319
V. Arbeitsgerichtliche Überprüfung der Einigungsstelle . . . . .	319
VI. Kosten der Einigungsstelle . . . . .	319
<b>2. Titel. Beteiligung des Betriebsrats in sozialen Angelegenheiten . . . . .</b>	<b>320</b>
§ 30. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten . . . . .	320
I. Zweck und historische Kontinuität . . . . .	320

II. Vorrang von Gesetz und Tarifvertrag . . . . .	320
III. Katalog der mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten (§ 87 Abs. 1 BetrVG) . . . . .	322
1. Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb (Nr. 1) . . . . .	322
2. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage (Nr. 2) . . . . .	323
3. Vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit (Nr. 3) . . . . .	324
4. Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte (Nr. 4) . . . . .	325
5. Aufstellung allgemeiner Urlaubsgrundsätze und des Urlaubsplans sowie die Festsetzung der zeitlichen Lage des Urlaubs für einzelne Arbeitnehmer, wenn zwischen dem Arbeitgeber und den beteiligten Arbeitnehmern kein Einverständnis erzielt wird (Nr. 5) . . . . .	325
6. Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen (Nr. 6) . . . . .	326
7. Regelung über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften (Nr. 7) . . . . .	327
a) Anwendungsbereich . . . . .	327
b) Verhältnis zur Mitbestimmungsregelung nach dem Arbeitssicherheitsgesetz . . . . .	328
8. Form, Ausgestaltung und Verwaltung von Sozialeinrichtungen, deren Wirkungsbereich auf den Betrieb, das Unternehmen oder den Konzern beschränkt ist (Nr. 8) . . . . .	329
a) Gesetzesystematische Einordnung . . . . .	329
b) Inhalt der Mitbestimmungsnorm . . . . .	329
9. Zuweisung und Kündigung von Wohnräumen, die den Arbeitnehmern mit Rücksicht auf das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses vermietet werden, sowie die allgemeine Festlegung der Nutzungsbedingungen (Nr. 9) . . . . .	330
10. Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, insbesondere die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung (Nr. 10) . . . . .	330
a) Gesetzesystematische Einordnung . . . . .	330
b) Gegenstand der Mitbestimmungsnorm . . . . .	330
c) Verhältnis zum Mindestlohngegesetz . . . . .	331
d) Verhältnis zum Entgeltransparenzgesetz . . . . .	332
11. Festsetzung der Akkord- und Prämiensätze und vergleichbarer leistungsbezogener Entgelte einschließlich der Geldfaktoren (Nr. 11) . . . . .	333
12. Grundsätze über das betriebliche Vorschlagswesen (Nr. 12) . . . . .	333
13. Grundsätze über die Durchführung von Gruppenarbeit (Nr. 13) . . . . .	333
IV. Inhalt und Reichweite der Mitbestimmung . . . . .	335
§ 31. Beteiligung des Betriebsrats beim betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz . . . . .	336
I. Beteiligung des Betriebsrats bei der Durchführung des Arbeitsschutzes und des betrieblichen Umweltschutzes . . . . .	336
II. Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung . . . . .	337
<b>3. Titel. Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten . . . . .</b>	<b>338</b>
§ 32. Beteiligung des Betriebsrats bei Personalplanung, Personalauswahl und Berufsbildung . . . . .	338
I. Personalplanung und Personalauswahl . . . . .	338
1. Beteiligung des Betriebsrats bei der Personalplanung . . . . .	338
2. Mitbestimmungsrechte bei der Personalauswahl . . . . .	338

a) Interne Stellenausschreibung . . . . .	338
b) Persönliche Angaben, Beurteilungsgrundsätze . . . . .	339
c) Auswahlrichtlinien . . . . .	339
II. Vorschlagsrecht des Betriebsrats zur Beschäftigungssicherung . . . . .	340
III. Beteiligung des Betriebsrats bei der Berufsbildung . . . . .	340
§ 33. Mitbestimmung bei Einstellungen und Versetzungen . . . . .	341
I. Mitbestimmung in Unternehmen mit in der Regel mehr als zwanzig wahlberechtigten Arbeitnehmern . . . . .	341
II. Einstellung und Versetzung als Mitbestimmungstatbestände . . . . .	341
1. Einstellung . . . . .	341
2. Versetzung . . . . .	342
a) Legaldefinition . . . . .	342
b) Elemente des Versetzungsbegriffs . . . . .	343
c) Verhältnis zur Änderungskündigung . . . . .	344
III. Inhalt und Reichweite der Mitbestimmung . . . . .	344
1. Pflicht des Arbeitgebers . . . . .	344
2. Rechte des Betriebsrats . . . . .	345
IV. Mitbestimmungsverfahren . . . . .	346
1. Zustimmungsverweigerung des Betriebsrats . . . . .	346
2. Zustimmungsersetzungsverfahren . . . . .	346
3. Vorläufige Durchführung . . . . .	346
V. Rechtsfolgen einer Verletzung des Mitbestimmungsrechts . . . . .	347
§ 34. Mitbestimmung bei Eingruppierungen und Umgruppierungen . . . . .	347
I. Eingruppierung und Umgruppierung als Mitbestimmungstatbestände . . . . .	347
1. Eingruppierung . . . . .	347
2. Umgruppierung . . . . .	348
II. Mitbestimmungsverfahren . . . . .	349
III. Rechtsfolgen bei Verletzung des Mitbestimmungsrechts . . . . .	349
§ 35. Mitbestimmung bei Kündigungen . . . . .	350
I. Überblick . . . . .	350
II. Gegenstand und Voraussetzungen für die Anhörungspflicht des Arbeitgebers . . . . .	351
1. Kündigung als Gegenstand des Beteiligungsrechts . . . . .	351
a) Beteiligungspflichtige Kündigungen . . . . .	351
b) Auflösung des Arbeitsverhältnisses aus anderen Gründen . . . . .	351
2. Weitere Voraussetzungen für die Beteiligung des Betriebsrats . . . . .	352
3. Beschäftigung im Ausland . . . . .	353
III. Anhörung des Betriebsrats . . . . .	353
1. Mitteilungspflicht des Arbeitgebers . . . . .	353
a) Mitteilung der Person des zu kündigenden Arbeitnehmers und der Kündigungsart . . . . .	353
b) Mitteilung der Kündigungsgründe . . . . .	354
c) Form und Frist der Mitteilung . . . . .	356
d) Mitteilungspflicht bei gemeinsamer Betriebsführung . . . . .	357
2. Stellungnahme des Betriebsrats . . . . .	357
3. Widerspruch des Betriebsrats gegen eine ordentliche Kündigung . . . . .	357
a) Widerspruchsgründe . . . . .	357
b) Rechtsfolgen des frist- und ordnungsgemäß erhobenen Widerspruchs . . . . .	358
IV. Rechtsfolgen unzureichender Beteiligung des Betriebsrats . . . . .	359
1. Einhaltung des Anhörungsverfahrens als Wirksamkeitsvoraussetzung . . . . .	359
2. Verwertungsverbot . . . . .	360
V. Rechtslage bei der Änderungskündigung . . . . .	361
1. Anhörung nach § 102 BetrVG . . . . .	361
2. Mitbestimmung nach § 99 BetrVG . . . . .	362
3. Betriebsverfassungsrechtliche Weiterbeschäftigungspflicht des Arbeitgebers . . . . .	362

VI. Erweiterung des Anhörungsrechts zu einem Zustimmungsrecht . . . . .	362
VII. Entlassung oder Versetzung auf Verlangen des Betriebsrats . . . . .	362
<b>4. Titel. Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten . . . . .</b>	<b>364</b>
§ 36. Unterrichtung in wirtschaftlichen Angelegenheiten . . . . .	364
I. Errichtung und Aufgaben des Wirtschaftsausschusses . . . . .	365
1. Errichtung . . . . .	365
2. Aufgaben . . . . .	365
II. Unterrichtung der Belegschaft . . . . .	366
§ 37. Beteiligung des Betriebsrats bei Betriebsänderungen . . . . .	366
I. Beteiligungsnotwendigkeit bei Betriebsänderungen in Unternehmen mit in der Regel mehr als zwanzig wahlberechtigten Arbeitnehmern . . . . .	366
II. Betriebsänderung als Beteiligungstatbestand . . . . .	367
1. Begriff der Betriebsänderung . . . . .	367
a) Keine Legaldefinition in § 111 S. 1 BetrVG . . . . .	367
b) Betriebsbezug des Beteiligungstatbestands . . . . .	367
2. Katalog der in § 111 S. 3 genannten Fälle einer Betriebsänderung . . . . .	367
a) Stilllegung des ganzen Betriebs (Nr. 1) . . . . .	367
b) Einschränkung des ganzen Betriebs (Nr. 1) . . . . .	368
c) Stilllegung oder Einschränkung von wesentlichen Betriebsteilen (Nr. 1) . . . . .	368
d) Verlegung des ganzen Betriebs oder Verlegung von wesentlichen Betriebsteilen (Nr. 2) . . . . .	369
e) Zusammenschluss mit anderen Betrieben und die Spaltung von Betrieben (Nr. 3) . . . . .	369
f) Grundlegende Änderungen der Betriebsorganisation, des Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen (Nr. 4) . . . . .	369
g) Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren (Nr. 5) . . . . .	369
3. Übertragung des Betriebs oder eines Betriebsteils . . . . .	369
III. Interessenausgleich und Sozialplan . . . . .	370
1. Gesetzestechnische Gestaltung . . . . .	370
2. Interessenausgleich . . . . .	370
3. Aufstellung eines Sozialplans . . . . .	372
4. Regelungsinhalt eines zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat vereinbarten Sozialplans . . . . .	372
5. Aufstellung eines Sozialplans durch die Einigungsstelle . . . . .	374
a) Ausklammerung bei Personalabbau und Neugründungen . . . . .	374
b) Inhalt des erzwungenen Sozialplans . . . . .	375
IV. Gestaltung des Beteiligungsverfahrens . . . . .	376
1. Unterrichtung und Beratung über die geplante Betriebsänderung . . . . .	376
2. Versuch eines Interessenausgleichs . . . . .	376
V. Sanktionen bei Verletzung des Beteiligungsrechts . . . . .	377
1. Nachteilsausgleich . . . . .	377
2. Aufrechterhaltung der Erzwingbarkeit eines Sozialplanes . . . . .	377
3. Unterlassungsanspruch des Betriebsrats . . . . .	377
<b>6. Teil. Besonderheiten des Personalvertretungsrechts . . . . .</b>	<b>379</b>
§ 38. Grundlagen . . . . .	379
I. Rechtsquellen . . . . .	379
II. Organisation der Personalvertretung . . . . .	379
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Gestaltung des Mitbestimmungsstatus . . . . .	380
§ 39. Gesetzestechnische Gestaltung der Mitbestimmungsordnung . . . . .	382
I. Gesetzesystematik . . . . .	382
II. Mitbestimmungsverfahren . . . . .	382
III. Mitwirkungsverfahren . . . . .	383
IV. Kündigung durch den Arbeitgeber . . . . .	384

<b>7. Teil. Recht der Unternehmensmitbestimmung</b> . . . . .	385
§ 40. Überblick . . . . .	385
§ 41. Mitbestimmungsgesetz 1976 . . . . .	386
I. Vom MitbestG 1976 erfasste Unternehmen . . . . .	386
1. Rechtsform des Unternehmens als Abgrenzungsmerkmal . . . . .	386
2. Beschäftigung von in der Regel mehr als 2.000 Arbeitnehmern . . . . .	386
3. Negative Abgrenzung . . . . .	387
4. Auslandsbezug der unternehmensbezogenen Mitbestimmung . . . . .	387
II. Beschränkung auf Arbeitnehmer inländischer Betriebe unter Einbeziehung der leitenden Angestellten . . . . .	387
III. Bildung und Zusammensetzung des Aufsichtsrats . . . . .	388
1. Errichtung des Aufsichtsrats . . . . .	388
2. Größe des Aufsichtsrats . . . . .	388
3. Zusammensetzung des Aufsichtsrats . . . . .	389
IV. Wahlverfahren für die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer . . . . .	389
1. Rechtsgrundlagen . . . . .	389
2. Urwahl oder mittelbare Wahl . . . . .	389
3. Gemeinsame Grundsätze des Wahlverfahrens . . . . .	390
4. Wahl durch Delegierte . . . . .	390
a) Wahl der Delegierten . . . . .	390
b) Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer . . . . .	390
5. Urwahl . . . . .	391
6. Amtszeit und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer . . . . .	391
a) Amtszeit . . . . .	391
b) Abberufung . . . . .	391
7. Wahlnichtigkeit und Wahlanfechtung . . . . .	392
V. Organisation des Aufsichtsrats . . . . .	392
1. Grundsatz . . . . .	392
2. Vorsitz im Aufsichtsrat . . . . .	393
3. Aufsichtsratsausschüsse . . . . .	394
4. Beschlussfassung und Beschlussfähigkeit . . . . .	395
VI. Organisation des gesetzlichen Vertretungsorgans . . . . .	395
1. Grundsatz . . . . .	395
2. Bestellung und Abberufung der Mitglieder des zur gesetzlichen Vertretung des Unternehmens befugten Organs . . . . .	396
3. Arbeitsdirektor im Vorstand . . . . .	397
4. Ausübung von Beteiligungsrechten in konzernverbundenen Gesellschaften . . . . .	397
§ 42. Montan-Mitbestimmungsgesetz . . . . .	398
I. Geltungsbereich . . . . .	398
II. Aufsichtsrat . . . . .	398
III. Vorstand . . . . .	399
§ 43. Montan-Mitbestimmungsgesetz . . . . .	400
§ 44. Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach dem Drittelparteigesetz . . . . .	401
I. Geltungsbereich . . . . .	401
II. Bildung und Zusammensetzung des Aufsichtsrats . . . . .	401
1. Bildung des Aufsichtsrats . . . . .	401
2. Zusammensetzung des Aufsichtsrats und Wahl der Arbeitnehmervertreter . . . . .	402
<b>8. Teil. Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei einer betriebsverfassungsrechtlichen Streitigkeit</b> . . . . .	403
§ 45. Aufbau einer betriebsverfassungsrechtlichen Falllösung . . . . .	403
I. Zuständigkeit . . . . .	403
II. Verfahrensart . . . . .	403
III. Problem der Antragsberechtigung . . . . .	405

1. Doppelte Bedeutung des Begriffs des Beteiligten . . . . .	405
2. Feststellung der Antragsberechtigung . . . . .	405
3. Rechtsfolgen der Beteiligenstellung . . . . .	406
<b>IV. Spezifisch betriebsverfassungsrechtliche Rechtsschutzvoraussetzungen . . . . .</b>	<b>406</b>
1. Spruch der Einigungsstelle in einer Mitbestimmungsangelegenheit bei einem Rechtsstreit über das Bestehen des Mitbestimmungsrechts . . . . .	407
2. Zustimmungsverweigerung des Betriebsrats als Rechtsschutzvoraussetzung . . . . .	407
a) Besonderer Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung . .	407
b) Mitbestimmung des Betriebsrats bei Einstellung, Versetzung, Eingruppierung und Umgruppierung von Arbeitnehmern . . . . .	408
<b>V. Rechtsschutzinteresse . . . . .</b>	<b>409</b>
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>411</b>